Dr. Matthias Laarmann

*Gruppensprecher der
Wählergemeinschaft GFL – GEMEINSAM FÜR LÜNEN*

laarmann@gfl-luenen.de

Haushaltsrede im Kreistag Unna am 20.12.2011*

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat!

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gleich am Anfang – bevor ich es im Verlauf meiner Rede vergessen könnte – richte ich einen herzlichen Dank an die Verwaltung für ihre hilfreiche Zuarbeit im ganzen zurückliegenden Jahr.

Wenn ich nun als Sprecher der Wählergemeinschaft GFL – GEMEINSAM FÜR LÜNEN nun nach beinahe zwei Stunden Haushaltsdebatte und zudem als letzter Sprecher der hier im Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppen das Wort in der Haushaltsdebatte ergreife, befinde ich mich zum dritten Mal in der genüsslichen Situation, schon längst vorgetragene und von der GFL mitgetragene Sachanalysen meiner Vorrednerin und meiner Vorredner beiseite lassen zu dürfen.

Für meine Rede habe ich mich von einer Formulierung des deutschen Schriftstellers Jean PAUL (1763 – 1825) inspirieren lassen: „Sprachkürze gibt Gedankenweite.“ Wenige und zunächst disparat erscheinende Dinge möchte ich zusammenbringen und zusammendenken: Kommunalpolitische Zusammenarbeit, Vertrauen und – Ehe. Das letzte Thema mag überraschen, aber am heutigen Tag, an dem meine Frau ihren 20. standesamtlichen Hochzeitstag feiert, fühle ich mich dazu besonders befugt.

Kommen wir zu meinem ersten Thema: Kommunalpolitische Zusammenarbeit. Innerhalb der sog. „kommunalen Familie“ – da sind wir ja schon knapp am Thema „Ehe“ angekommen – in der kommunalen Familie von Kreisen, Städten und Kommunen ist es zu

* Bei dieser Publikation ist bewusst der Vortragsstil beibehalten worden.

einer extremen finanzstrukturellen Schieflage zwischen Bund, Land und kommunaler Familie gekommen, auf die GFL im Frühjahr 2010 mit ihrem „Lüner Appell“ reagiert hat.

Gefragt sind nicht nur neue Geldquellen, sondern vor allem auch geeignete Strategien der Kosteneinsparung. Hier liegt m. E. auch eindeutig an einer bestimmten Stelle eine Strategielücke der bisherigen Haushaltsdebatte im Kreis Unna vor, zumindest was den Willen zur konkreten Umsetzung angeht. Ich meine das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ (IKZ). Gefordert sind hier vor allem die beiden, im Kreistag und in den meisten Kommunen unseres Kreises mehrheitsgestaltenden Fraktionen von SPD und CDU. Für die SPD hat niemand geringerer als die parteieigene Friedrich-Ebert-Stiftung eine eigene, seiten- und gedankenreiche Handreichung zum Thema IKZ erstellt. Für die CDU möchte ich die unmissverständlichen Aufforderungen des ehemaligen Arnsberger Regierungspräsidenten Helmut Diegel in Erinnerung rufen.

Wenn in Gremien unseres Kreistages die Debatte auf IKZ zuläuft, ist man sehr schnell bemüht, die Verantwortung für das Nicht-Gelingen außerhalb des Kreistages zu lokalisieren. Vor allem die Bürgermeister und noch mehr die Mehrheitsfraktionen der jeweiligen Stadt- und Gemeinderäte sollen es richten. Dies ist zu Teilen richtig, aber auch nur zu Teilen. Für die Kommunen, die zur Regulierung ihrer Finanzmisere dem Stärkungspakt Stadtfinanzen beitreten wollen bzw. sollen, hat man den Begriff des „Bürgerbeitrags“ aufgebracht. Die Bürger sollen nun neu und heftig mit Abgaben belastet werden. Aber wenn nun von einem „Bürgerbeitrag“ gesprochen wird, wo bleibt es dann mit einem „Bürgermeisterbeitrag“ oder einem „Landratsbeitrag“?

Bürgermeister, Landrat und Mehrheitsfraktionen müssen zum Überwinden der kommunalen Finanzkrise neues Kapital einzahlen, und zwar ein Kapital ideeller Art, ich meine damit: Vertrauenskapital! Absprachen zur IKZ gelingen oft nicht, weil die beteiligten politischen Partner nicht das genügende Vertrauen zu einander aufbringen. Oder um die Politologin Gesine Schwan zu zitieren – Klammer auf! Gesine Schwan war die ehemalige SPD-Präsidentschaftskandidatin. Wie stünde es heute um das Ansehen Deutschlands und um das Vertrauen in die Politik, wenn sie damals gewählt worden wäre? Klammer zu! – Gesine Schwan schreibt: „Bei allem Realismus in Bezug auf die menschliche Natur braucht Demokratie ein kleines Übergewicht an Vertrauen in die Verantwortungs- und Kooperationsfähigkeit der Bürger [und der politischen Handlungsträger; Erg. M.L.]. [...] Wenn sich politische Entscheidungen allein auf Misstrauen gründen, führt das theoretisch in eine politische Alleinherrschaft und, da die in der Demokratie nicht funktioniert, praktisch in die Isolation“ (FAZ 20.12.2011). Wer sich angesichts der heutigen kommunalen Finanzlage in Diskussionen über IKZ sich den Luxus leistet, nicht zu kooperieren, sondern für sich eine *splendid isolation*, ein „glanzvolles Alleinsein“ bevorzugt, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden!

Und hier wage ich nun den Bogen zur Institution der Ehe zu schlagen. Diese tadelnswerte Neigung zur Selbstabschottung lässt sich allerdings nur in den Mechanismen der Politik leben. Schauen wir aber auf die Kernzelle des Staates, nämlich auf Ehe und Familie, könnten wir so nicht leben und überleben. Die Ehe ist in ihren Kern von nicht-demo-

kratischer Art. Ich behaupte damit nicht, dass die Ehe anti-demokratisch sei. Nein, sie ist sicherlich mit diversen demokratischen Zügen versehen, aber sie ist nicht-demokratisch in dem Sinne, dass nämlich ein Grundrecht der parlamentarischen Demokratie in ihr nicht sinnvoll verwirklicht werden kann. Ich meine damit das fundamentale Recht, ohne Furcht um Verfolgung die Rolle der Fundamentalopposition einnehmen zu dürfen. Anders als in einer Ehe ist man in der Politik nicht vom Wesen dieser Beziehung her auf eine gütliche, vertrauensvolle und dauerhafte Willenseinigung angewiesen. Es dominiert vielmehr die Geste des „Ich kann immer anders!“ oder die Geste des „Ich kann auch ohne Dich!“ In diesem Stile kann man, wie z. B. auch in diesem Kreistag, seitens einer Fraktion den sinnfreien Grundsatz aufstellen, sich grundsätzlich auch allen noch so sinnvollen Resolutionen zu verweigern. Versuchen Sie bitte einmal ein solches Verhalten in einer Ehe umzusetzen. Spätestens nach zwei Wochen ginge man dauerhaft zerrüttet auf getrennten und schlimmstenfalls konfrontativen Wegen.

Ich möchte meine Reflexionen über Kommunalpolitik sowie Ehe und Familie nicht überdehnen, aber soviel möchte ich festhalten: Wenn Politik gelingen will, sollte sie sich das eine und andere Mal ihre Werte und Vorbilder aus dem vor-politischen und nicht-politischen Bereich holen. Belastbares Vertrauen unter den politischen Akteuren zu schaffen und zu bewahren, ist ein finanziell nicht bezifferbares Kapital für gelingende Politik. Machen wir uns gemeinsam an diese Aufgabe, und lassen wir uns dabei von diesem Kurs nicht von den immer näher kommenden Wehen des Kommunalwahlkampfes 2014 abbringen.

Ich komme zum Schluss:

Ich danke im Namen der GFL allen, denen bereits gedankt worden ist. Und ich danke an dieser Stelle – sicherlich im Namen aller hier – auch all denen, denen noch nicht gedankt worden ist.

Abschließend möchte ich Ihnen seitens der GFL auch herzliche Weihnachtsgrüße übermitteln. Ich wünsche Ihnen allen den reichen Segen des dreifaltigen Gottes. Ob Sie an ihn glauben oder nicht, ist egal. Denn seinen Segen brauchen Sie ja auf alle Fälle!

In diesem Sinne wünscht Ihnen die Wählergemeinschaft GFL allen hier gesegnete, friedvolle Festtage und – dass man sich im Neuen Jahr gesund wieder sieht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Dr. Matthias Laarmann

(Sprecher der GFL-Gruppe im Kreistag Unna)